

„Den Epochenwandel ermöglichen: Ziele und Strategien der deutschen Entwicklungspolitik“

Jahrestagung Entwicklungspolitik 2015

11. Januar 2015 in Münster

Akademie Franz Hitze-Haus

Dr. Bernhard Felmberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich muss schon sagen: Mit dieser sehr anspruchsvollen Vision und einem höchst komplexen Thema muten Sie einem einzelnen Vertreter des BMZ wirklich eine Menge zu – oder aber, Sie *trauen* ihm eine Menge zu!? Ich nehme jetzt optimistisch einfach mal letzteres an und kann Ihnen zumindest schon versichern, dass Sie Ihre Einladung an den - hoffentlich - richtigen Mann und - sicherlich - an das richtige Ressort gerichtet haben.

Denn auch Bundespräsident a.D. Prof. Horst Köhler hat einmal in einer Rede festgestellt - ich zitiere-: „Ich glaube, dass wir mit dem BMZ ein ganz wunderbares kleines Ministerium haben, das (...) einen einzigartigen Blick für globale Zusammenhänge“ hat.

Deshalb freue ich mich, Ihnen jetzt nicht nur die globalen Zusammenhänge, sondern vor allem die Ziele und Strategien der deutschen Entwicklungspolitik vorstellen zu können – und auf Ihre Fragen und Anregungen im Anschluss daran!

„**Den notwendigen Epochenwandel gestalten – Epochenwandel ermöglichen**“: Das sind die Themen der diesjährigen entwicklungspolitischen Tagung in Münster - und beileibe keine leichten. Denn einen „Epochenwandel“ - d.h. laut Duden: - einen *„großen geschichtlichen Zeitabschnitt, dessen Beginn und Ende durch einen deutlichen, einschneidenden Wandel der Verhältnisse gekennzeichnet ist“*, herbeizuführen, ist ein wirklich ambitioniertes Vorhaben!

Andererseits: Ein „weiter so wie bisher“ ist auch keine Alternative. Warum nicht? Weil die Welt vor gewaltigen Herausforderungen steht. Die grundlegenden **Ziele der Entwicklungspolitik** sind und waren daher immer klar: Zentrales Ziel ist, extreme Armut und Hunger zu beseitigen. Wir wollen, dass alle Menschen weltweit in Würde und Frieden leben können, und wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, dass die Ressourcen und Lebensräume unseres Planeten auch kommenden Generationen erhalten bleiben.

Lassen Sie uns aber jetzt erstmal wieder einen halben Schritt zurücktreten, bevor wir von den Möglichkeiten eines „Epochenwandels“ und den Strategien zur Erreichung dieser

zunächst mal ganz allgemein formulierten Ziele sprechen. Denn gute Politik beginnt mit der **Analyse** der Wirklichkeit. Folglich muss auch eine gute Entwicklungspolitik die Entwicklungen in der Welt wahrnehmen und daraus ihre Ziele und Strategien für das notwendige (entwicklungspolitische) Handeln entwickeln.

Das ist ein erster Schritt. Und ein ziemlich mutiger dazu, denn die aktuellen weltweiten Entwicklungen können einem zunächst einmal regelrecht Angst machen. Ich nenne stichwortartig nur die aktuellsten, „akuten“ Krisenherde und dringlichsten **Herausforderungen**, die Sie alle - leider - fast täglich in den Nachrichten mitverfolgen können:

- In Westafrika, in Liberia und Sierra Leone wütet das **Ebola-Virus**.
- Die **Syrienkrise** ist die größte humanitäre Katastrophe seit 20 Jahren, bei der inzwischen die Hälfte der Gesamtbevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen ist – und bei der auch die Nachbarländer (Jordanien, Libanon) an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geraten.
- Beim Konflikt in der **Ukraine** stellt sich die Frage, welchen Beitrag die deutsche Entwicklungspolitik leisten kann, um das Land wirtschaftlich zu stabilisieren und die Lebensbedingungen der Menschen sichtbar zu verbessern.
- Vom Konflikt im **Irak** sind inzwischen 17 Mio. Menschen (das sind 53% der Bevölkerung) betroffen. Amnesty International spricht von 830.000 Menschen, die seit Juni 2014 aus den von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) eingenommenen Gebieten vertrieben wurden.
- Auch für die 1,8 Mio. Menschen in **Gaza** ist die Wiederherstellung normaler Lebensumstände von größter Dringlichkeit. Voraussetzung ist ein dauerhafter Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten und eine langfristige Perspektive für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- In **Nigeria**, dem mit geschätzten knapp 130 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Land Afrikas, warnen die Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes nicht nur ausländische Reisende davor, dass „in Nigeria in allen Regionen lokale Konflikte aufbrechen (können).“ Ursachen und Anlässe der Konflikte seien meist „politischer, wirtschaftlicher, religiöser oder ethnischer Art“.
- Und auch die Situation im **Südsudan** ist ernüchternd. Trotz Ölvorkommen und guter Voraussetzungen für die Landwirtschaft ist es eines der ärmsten Länder der Welt und akut von einer Hungersnot bedroht. Seit seiner Unabhängigkeit 2011 war Südsudan daher wieder ein Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – leider nur für kurze Zeit. Denn in Folge des Bürgerkrieges, der vor über einem Jahr ausbrach, wurde die reguläre Entwicklungszusammenarbeit wieder ausgesetzt und stattdessen in Form von Not- und Flüchtlingshilfe fortgeführt. Auch hier sind 1,7 Mio. Menschen auf der Flucht. Eine Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ist erst

möglich, wenn es einen belastbaren Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien gibt – und der ist derzeit leider nicht in Sicht.

Zu diesen weltweiten Krisenherden kommen ganz nüchterne Zahlen und Fakten, die uns alle - auch hier in Europa, in Deutschland, in Münster und jede und jeden einzelnen - betreffen:

- Seit 1955 hat sich die **Weltbevölkerung verdoppelt**. Jeden Tag kommen auf unserem Planeten 250 000 Menschen hinzu. Das bedeutet, dass wir in 15 Jahren 30 Prozent mehr Wasser, 40 Prozent mehr Energie und 50 Prozent mehr Nahrung benötigen. Das klingt zunächst so hübsch theoretisch - mathematisch. Aber wenn wir uns vor Augen führen, dass man ohne Wasser keine Woche überleben kann, ohne Nahrung vielleicht vier Wochen durchhält und ohne Strom wahrscheinlich spätestens nach einer Woche nicht nur in Großstädten wie Berlin, sondern wahrscheinlich auch hier, in der Stadt des Westfälischen Friedens, sehr bald großer *Unfrieden* bis hin zum blanken Chaos herrschen würde, dann erkennen wir, dass die **Fragen nach Wasser, Nahrung, Energie, Klima und Umwelt** ohne Übertreibung zu den *Überlebensfragen* der Menschheit gehören. Und weil sich die Entwicklungspolitik mit diesen elementaren Überlebensfragen beschäftigt, betrachten wir sie als handfeste „Zukunftspolitik“....
-und zwar nicht nur für die „Zukunft *Deutschlands*“. Denn wir haben *weltweit* ein echtes **Ressourcenproblem**: 20 Prozent der Weltbevölkerung - nämlich wir hier in den Industriestaaten - beanspruchen 80 Prozent des Reichtums und verursachen zwei Drittel der Umwelt- und Klimaschäden. Unser Planet wird geplündert. Würden alle Menschen auf der Erde auf dem Konsumniveau von uns Deutschen und Europäern leben, dann bräuchten wir bereits heute *drei* Planeten.
- Dieses offenkundige Ressourcenproblem ist zwangsläufig ein ebenso offenkundiges **Gerechtigkeitsproblem**: Denn diese 20% der Menschheit besitzen und beanspruchen 90 % des Vermögens, während 1,8 Milliarden von Hunger und Mangelernährung betroffen sind. Frieden auf der Welt wird es aber nur geben, wenn alle Ressourcen und Lebenschancen auch *global* einigermaßen fair verteilt sind. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass das freie Spiel der Mächte und ein Markt ohne jegliche Kontrolle *keine* Gerechtigkeit schaffen: Ein Markt braucht Grenzen, und Macht braucht Regeln. Ohne ökologische und soziale Standards funktioniert das nicht.
- Weltweit sind derzeit 50 Millionen Menschen auf der **Flucht** vor Krieg, Gewalt und politisch oder religiös motivierter Verfolgung sowie Umweltkatastrophen – so viele wie seit Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr. Ein Großteil von ihnen ist als Binnenflüchtlinge innerhalb ihrer jeweiligen eigenen Landesgrenzen unterwegs, die große Mehrheit bewegt sich in und zwischen Partnerländern unserer Entwicklungszusammenarbeit.

- Und diese Konflikte, Krisen und Kriege haben meist ein „Davor“ und ein „Danach“. Deshalb brauchen wir in der Entwicklungspolitik zugleich einen vernetzten Ansatz, um Krisen und Kriege durch Prävention, Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit am besten von vornherein zu verhindern.

Soweit die Analyse – und ich gebe zu, dass sie ziemlich ernüchternd ausfällt. Oder - wie es kurz und knapp auch im Einladungstext zu dieser Jahrestagung heißt:- „*So weit – so schlecht*“. Die bisherige Entwicklungszusammenarbeit scheint nicht wirklich „durchschlagend“ gewesen zu sein, und jeder halbwegs empathische Mensch könnte angesichts der weltweiten aktuellen Szenarien und Bedrohungen verzweifeln oder resignieren. Dann säßen wir heute aber nicht zusammen und würden über einen notwendigen (Epochen-)Wandel, Ziele und Strategien nachdenken.

Und tatsächlich ist auch nicht alles nur „schlecht“, sondern die Entwicklungspolitik kann - trotz unbestreitbarer Rückschläge - zumindest in einigen Bereichen sogar wirklich **bedeutende Fortschritte** verzeichnen:

- Der wirtschaftliche Aufschwung in vielen Weltregionen hat viele Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit. Deren Anteil an der Weltbevölkerung hat sich seit 1990 trotz Bevölkerungswachstums halbiert – damit ist das erste der insgesamt acht zur Jahrtausendwende erarbeiteten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bereits erreicht. Auch viele andere Kennzahlen zeigen uns, dass wir bei der Grundschulbildung, bei der Gesundheitsversorgung und im Kampf gegen Malaria und Tuberkulose, beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und bei der Bekämpfung von Hunger auf einem guten Weg sind - auch wenn immer noch viel zu tun bleibt.
- Einige der bereits gesteckten Ziele wurden allerdings **noch nicht erreicht** – und gerade bei den letztgenannten globalen Herausforderungen, die die gesamte Menschheit betreffen, tun wir uns bislang besonders schwer. Ich denke da nur an die eben genannten Herausforderungen Klimawandel, Übernutzung natürlicher Ressourcen, Verlust der biologischen Artenvielfalt, Wirtschafts-, Finanz- und Nahrungsmittelkrisen, Gewaltkonflikte und globale Verteilungsprobleme.

Das heißt im Klartext: Es gibt Licht und Schatten, wenn wir die bisherige Bilanz der acht Millenniumsentwicklungsziele betrachten. Und zu den Schattenseiten der MDGs gehört auch, dass sie nicht die ganze Bandbreite nachhaltiger Entwicklung abdecken. Sie sind fast ausschließlich an sozialer Entwicklung orientiert, lassen so wichtige Themen wie Good Governance, Frieden und Sicherheit außen vor und vernachlässigen die ökologische Perspektive. Dabei ist uns allen doch inzwischen klar, dass wir mit einem „weiter so!“ unserer

bisherigen Lebens- und Konsumgewohnheiten schon sehr bald an die Grenzen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten stoßen.

Um einen Epochenwandel zu ermöglichen, brauchen wir also zunächst einen *Paradigmenwechsel* – und zwar im Denken und im Handeln, und das weltweit. Sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern muss jede und jeder in seiner jeweiligen Rolle Verantwortung tragen. Der von der Bundesregierung berufene "Rat für Nachhaltige Entwicklung" hat das folgendermaßen zusammengefasst:

"Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben."

Um es mit eigenen Worten zu wiederholen: Wir sind dem Erhalt der Schöpfung und der Zukunft verpflichtet. Wir, die heutige Generation, sind nur für einen kurzen Flügelschlag hier auf diesem Planeten. Wir stehen in der Verantwortung, diese Schöpfung und diesen Planeten an kommende Generationen weiter zu geben – und zwar nicht verwüstet und zerstört, sondern lebenswert.

Das bedeutet ökonomisch, dass wir doppelte Zurückhaltung walten lassen müssen: Wir müssen erstens Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln, und wir müssen zweitens das Nord-Süd-Gefälle – das eben beschriebene Verhältnis von 80 : 20 – zu einem fairen Verhältnis weiterentwickeln. Dazu brauchen wir eine Verstärkung unseres Entwicklungsengagements und eine neue Wachstums- und Verteilungsphilosophie.

Und damit bin ich zugleich beim **Leitbild unserer Entwicklungspolitik**, auf dem auch die in diesem Jahr anstehende Post 2015-Agenda beruhen muss, nämlich: „Nachhaltigkeit“.

Nachhaltigkeit ist das Gestaltungsprinzip all unseres Handelns – und zwar in allen seinen Dimensionen: ökologisch, ökonomisch, sozial und politisch-kulturell. Unser Leitbild ist eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft in einer gerechten und humanen Weltordnung. Aber im Mittelpunkt dieser werteorientierten Entwicklungspolitik steht der *Mensch*, nicht der Markt.

Dafür brauchen wir eine neue globale Partnerschaft. Die alte Einteilung in Geber- und Nehmerländer ist angesichts einer sich rasch verändernden Welt nicht mehr angemessen. Die gesamte Menschheit – fast 200 Länder – muss Antworten auf die drängenden globalen Probleme finden. Und das möglichst bald, denn die Zeit drängt. Ganz entscheidend wird

sein, dass sich alle daran beteiligen: Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Und auch jede und jeder Einzelne.

Sie alle kennen den Satz: „Lass deinen Worten Taten folgen“. Das trifft auch auf die Entwicklungspolitik zu. Taten sind nach der Analyse der zweite Schritt hin zu einer auf Nachhaltigkeit und globaler Partnerschaft beruhenden Entwicklung.

Um wirklich etwas verändern, eine globale Gemeinschaft formen und vielleicht endlich einen Epochenwandel zu ermöglichen, braucht die Post 2015-Agenda eine breite Anerkennung und Verankerung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – weltweit. Um hier *in Deutschland* möglichst viele Akteure zusammen zu bringen und einen gesellschaftlich breit verankerten deutschen Beitrag auf nationaler und internationaler Ebene zu formulieren, der in die Post 2015-Agenda eingespeist wird, haben wir im BMZ eine „**Zukunftscharta**“ ins Leben gerufen.

Jede und jeder konnte sich daran beteiligen, an verschiedenen Veranstaltungen und Diskussionsforen teilnehmen oder auf einer eigens dafür eingerichteten Homepage seine Visionen und konkreten Empfehlungen einspeisen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger – vielleicht auch einige von Ihnen? –, viele Schülerinnen und Schüler, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, von Kirchen und Stiftungen, aus Ländern und Kommunen haben diese Angebote genutzt und ihre Ideen und ihr Wissen eingebracht. Die gemeinsamen Antworten, Vorstellungen und Initiativen aus den Veranstaltungen und dem begleitenden Online-Dialog wurden in einer „Zukunftscharta“ festgehalten, die am 24. November in Berlin an die Bundeskanzlerin übergeben wurde. In aller Kürze die wesentlichsten Motivationsgründe und Inhalte, die zugleich unsere entwicklungspolitischen Ziele und Strategien abbilden. 10 Botschaften unseres Handelns möchte ich Ihnen mitgeben.

Die erste Botschaft lautet:

Es geht uns an, wie es anderen geht

Es geht uns deshalb etwas an, weil nicht nur unsere Grundgesetz, sondern vor allem unser christliches Menschenbild sagt: Alle Erdenbürger sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Diese im wahrsten Sinne des Wortes *wert-volle* Überzeugung ist zunächst das Fundament unseres Handelns. Aus diesem Grund schauen wir nicht weg. Und treten auch nicht zur Seite, wenn die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird.

Es geht uns an, weil Hunger und Armut, Kriege und Gewalt kein bloßes „Schicksal“ sind. Sie sind menschengemacht. Und deshalb muss sich der Mensch auch seinen Aufgaben stellen. Wir sind einander nicht nur verpflichtet, sondern auch verantwortlich. Denn mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit ist unser Alltag mit dem anderer Menschen aus allen Teilen der Welt verbunden – und umgekehrt.

Wertschöpfungsketten und Arbeitsteilung sind global. Ihr Hemd, Kleid oder T-Shirt hat von der Welt wahrscheinlich schon mehr gesehen als sie es kauften als es vielen Menschen selbst in Deutschland möglich ist – von den Näherinnen in Bangladesch einmal ganz zu schweigen.

Es geht uns an, unter welchen Bedingungen die Menschen arbeiten, die herstellen, was wir benutzen, tragen und essen. Und es geht uns an, ob unser Wirtschaften und Konsumieren die Klimabedingungen in anderen Ländern verschärfen.

Wir haben *Werte*, die uns tragen – daneben gibt es aber weitere Motive, die uns voranbringen.

Darum lautet die zweite Botschaft:

Nur wenn es anderen gut geht, geht es auch uns gut

Denn es betrifft am Ende auch *uns*, wenn es den anderen *schlecht* geht.

Weil wir eine Handelsnation sind und auf stabile Bedingungen angewiesen. Weil sich über globale Kommunikationsnetze wichtige Innovationen genauso verbreiten wie zerstörerischer Fanatismus. Weil mehr und mehr Flüchtlinge nach Europa kommen, wenn Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit sie aus ihren Ländern vertreiben.

Jahrzehnte entwicklungspolitischer Erfolge können zunichte gemacht werden, wenn durch Klimawandel und Ressourcenschwund Hunderte Millionen Arme ihre Lebensgrundlagen verlieren. Wenn Menschen mit Fluten und Dürren, Nahrungsmangel oder Krankheiten kämpfen müssen.

Wir leben in einer Zeit der gegenseitigen Abhängigkeiten. Die Welt ist zusammen gewachsen. Die Verantwortungsräume sind erkennbar größer geworden. Anders gesagt: In der Welt von heute ist auch der Fernste unser Nachbar. Und unseren Wohlstand und Frieden können wir nur erhalten, wenn es auch dem entfernten Nächsten gut geht.

Daran schließt sich meine dritte Botschaft:

Glaubwürdig sind wir, wenn wir Verantwortung leben

Gute Regierungsführung, Umweltgesetze, verträgliche Arbeitsbedingungen, soziale Sicherungssysteme, Einhaltung von Menschenrechten – all das liegt auf den ersten Blick scheinbar in der Verantwortung der jeweiligen Länder und Regierungen selbst. Doch häufig liegt hier vieles im Argen und behindert Entwicklung – dann ist Unterstützung nötig. Denn wenn anderswo Menschen für Dinge, die wir hier kaufen, mit ihrer Gesundheit, mit ihrer Sicherheit oder sogar mit ihrem Leben bezahlen, dann tragen auch wir Verantwortung: Nämlich hier das zu tun, was in *unserer* Reichweite bis in die Nähstuben nach Indien oder Bangladesch wirkt. Wir sind hier verantwortlich für die (Niedrig-)Löhne dort.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, den gesellschaftlichen Wandel hin zu nachhaltigem Produktions- und Konsumverhalten zu fördern. Dafür benötigen wir weltweit verbindliche ökologische und soziale Standards. Das im Oktober von Bundesminister Dr. Müller initiierte **Textilbündnis** ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung: Um zu garantieren, dass die Menschen, die unsere Kleidung produzieren, dies unter menschenwürdigen Bedingungen und ohne der Umwelt zu schaden tun können, haben wir als BMZ gemeinsam mit Unternehmen der Textilbranche, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft am 16. Oktober 2014 das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ gegründet. Langfristiges Ziel ist es, die gesamte textile Lieferkette - vom Baumwollfeld bis zum Bügel - stufenweise auf die bestmöglichen nachhaltigen Produktionsbedingungen zu heben.

Insbesondere für Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir mehr Transparenz über die Produktionsbedingungen in den globalen Lieferketten schaffen.

Es gibt aber noch vieles andere zu tun. Zum Beispiel, unsere Agrar- und Handelspolitik so mit unserer Entwicklungspolitik abzustimmen, dass nicht die eine Hand nimmt, was die andere zuvor gegeben hat. Subventionen auf den Prüfstand stellen. Steuerschlupflöcher stopfen, damit den ärmsten Ländern nicht Milliarden ihrer reichen Eliten entgehen. Allgemein formuliert: Wir müssen unsere Marktmacht nutzen, zum Guten. Die Standards, die für uns gut sind, die sind auch für andere gut. Und was für andere gut – ist richtig.

Entwicklungspolitik heißt niemals, andere aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Entwicklungspolitik heißt vielmehr: Wir selbst stehen in der Verantwortung. Und die müssen wir wahrnehmen. Denn nur dann können wir auch andere glaubwürdig an *ihre* (*Verantwortung*) erinnern.

Das aber bedeutet - und dies ist Botschaft Nummer 4 -:

Auch Deutschland ist ein Entwicklungsland

Viele unserer Bürgerinnen und Bürger glauben: Wenn alle so leben könnten und würden wie wir, dann wäre die Welt in Ordnung. Das ist ein Riesenirrtum. Denn die wenigsten machen sich klar, in welchem Umfang wir Umweltkosten einfach nur ausgelagert haben. Die zahlen dann jene Länder, aus denen unsere Rohstoffe und Produkte kommen.

Früher haben wir unsere eigene Umweltverschmutzung selbst zu spüren, zu sehen und zu riechen bekommen. Im Ruhrgebiet war der Himmel schwarz. In Bitterfeld roch die Luft nach Chemie. In Bayern starben die Wälder am sauren Regen. Und in vielen Städten litten die Kinder an Pseudokrupp. Heute ist das bei uns sehr viel besser. Wir haben vieles gelernt. Dafür leiden andere Länder unter unserem enormen Energieverbrauch. Die Emissionen der industrialisierten Welt treffen gerade die Länder, die vom fossilen Fortschritt selbst bisher wenig profitiert haben.

Alle möglichen Berechnungen, ob ökologischer Fußabdruck, Rucksack oder die Pro-Kopf-Berechnungen von Emissionen – sie zeigen: In ökologischer Hinsicht haben wir unser Konto überzogen. Würden alle so leben wie wir, dann bräuchten wir drei oder vier Planeten mit Namen Erde. Wir haben aber nur die eine.

Um die bekannte Terminologie mal komplett auf den Kopf zu stellen (stelle ich fest): Im Grunde sind wir die *Nehmer-* und nicht die *Geberländer*.

Das rüttelt allerdings an unserem Selbstverständnis. Denn es bedeutet: In mancher Hinsicht sind auch wir, ist Deutschland, ein Entwicklungsland. Wir haben überhaupt keinen Grund, mit dem Finger auf die Länder zu zeigen, die nun *ihren* Anteil an Rohstoffen, Lebensräumen und Wohlstand beanspruchen. Wir müssen vielmehr unser eigenes Wohlstandsmodell überdenken und zukunftsfähig machen.

Botschaft Nummer fünf lautet also:

Deutschland muss Vorbild sein.

Wir sind Teil des Problems, also können und müssen wir auch Teil der Lösung sein. Wer uns sagt: Was zählen im globalen Vergleich Deutschlands Emissionen; was kann unsere Energiewende global schon ausrichten; was kümmert es, wenn wir ressourcensparender leben? Dem sagen wir: Enorm viel! Nicht von der Menge her, vielleicht. Aber von der Vorbildwirkung.

Wir leben in einem Land, das die Kraft, die Visionen und die Technik hat, um zukunftsfähige Produktionsweisen zu entwickeln. Unsere Bereitschaft, uns zu entwickeln, unser Wissen partnerschaftlich mit anderen zu teilen, ökologische und soziale Standards weltweit zu

verbreiten – all das kann durchaus entscheidende Impulse für die Entwicklungschancen in **anderen Teilen der Welt geben**. Deutschland hat mit seinem technischen Know-how und seinem Wissen in der Umwelt- und Energietechnik schon jetzt herausragende Lösungen für die globalen Klimaherausforderungen zu bieten. Also müssen wir uns auch dort engagieren, wo Länder diese Herausforderungen noch nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Denn wenn wir uns nicht den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen und einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz leisten, wird uns allen, weltweit, im wahrsten Sinne des Wortes bald „die Luft ausgehen“.

Die sechste Botschaft heißt deshalb:

Ziele müssen wir uns gemeinsam setzen.

Die Millennium Development Goals haben gezeigt: Sich gemeinsam auf konkrete Ziele zu verpflichten, kann vieles in Bewegung setzen – auch, wenn wir noch nicht *alle* Ziele erreicht haben. Gemeinsam vereinbarte Ziele können auch gemeinsam eingefordert werden – falls einige meinen, sich nicht daran halten zu müssen... Und man kann sein eigenes Handeln danach ausrichten und Initiativen entwickeln, um dem Gewünschten näher zu kommen.

Ziele, die man sich selbst setzt, sind am wirkungsvollsten. Und gerade zu Beginn eines neuen Jahres (wie jetzt) gibt es ja immer besonders viele Ziele und gute Vorsätze...☺ Nur: Wenn *andere* einem Ziele vorschreiben, erreichen sie meist nicht das eigene Herz, den eigenen Verstand und den eigenen Motivationswillen - und scheitern dann. Darum ist es so wertvoll, dass bald anstehenden Verhandlungen über die neuen, nachhaltigen Entwicklungsziele für die Zeit ab 2015 in einem **weltumspannenden Gespräch der Akteure** entwickelt werden. Und darum ist es so wichtig, dass sich so viele wie möglich auch hier, in Deutschland, in die Diskussionen um die **Sustainable Development Goals** einbringen. Sie sind zugleich Motivationsgrundlage für die erforderlichen Veränderungen, für ein neues Wohlstandsverständnis und eine Ethik des „genug“ als eines „immer weiter so“.

Botschaft Nummer sieben ist eigentlich eher ein dringender Appell. Und der lautet:

Verändere das heute, um das morgen (nämlich die Zukunft) zu gestalten!

Ich denke, wir alle sind entwicklungspolitisch erfahren genug, um uns da keiner netten Illusion hinzugeben: Natürlich wird es nicht *einfach* sein, weltweit eine gemeinsame Vorstellung von einer lebenswerten und zukunftsfähigen Welt zu entwickeln.

Wirtschaftliche und politische Allianzen stehen dem oft entgegen. Bequemlichkeit, Routine, eingefahrene Denkmuster tun ihr übriges. Aber mehr als andere Generationen vor uns

wissen wir, was wir mit unserem Lebensstil *an*richten. Aber wir wissen auch, was wir **aus**richten können. Und mehr als alle anderen Generationen vor uns haben wir die Möglichkeiten und Mittel dazu.

Wenn wir uns selbst und andere überzeugen wollen, sollten wir von dem her denken, was die Welt zukunftsfähig macht:

Wie wollen wir, bald 8 oder gar 9 Milliarden Menschen, auf dieser Welt zusammen leben? Wie wollen wir gemeinsam unsere Zukunft gestalten? Wie entwickeln wir Partnerschaften, die wirklich den Begriff „auf Augenhöhe“ verdienen?

Die achte Botschaft heißt deshalb:

Schließen wir Bündnisse und Partnerschaften.

Wer Allianzen überwinden und Denkmuster verändern will, muss selbst Kräfte bündeln, lokal und global, muss mit anderen kooperieren, muss sich Partner suchen, Ideen austauschen, die Öffentlichkeit und Mitbürgerinnen und Mitbürger mobilisieren. Aber auch Partnerschaften können nicht einfach „von oben“ verordnet werden – sie müssen von möglichst vielen Menschen getragen und so „von unten“ befördert werden. Nachhaltige Entwicklung *für* alle *braucht* alle.

Und allerspätstens hier sind auch Sie gefragt, die Bürgerinnen und Bürger! Unternehmen und Wissenschaft. Religionsgemeinschaften und Kulturschaffende. Verbände und Vereine. Regionen und Kommunen. Die Zukunftscharta ist das Ergebnis eines solchen Zusammenwirkens. Wir sollten es verstetigen. Und sollten Vorurteile und Barrieren überwinden. Es geht ums Ganze, deshalb brauchen wir alle in einem Boot. Das heißt aber auch, dass der Partnerschaftsgedanke nicht an den Grenzen unserer Gesellschaft halt machen darf. Wir denken Partnerschaften global und wir regen unsere internationalen Partner an, sich auf nationale, regionale und lokale Partnerschaften einzulassen.

Allerdings - und das ist die neunte Botschaft -:

Ohne Regeln und starke Institutionen geht es nicht.

Eine Zukunft, die auch den ärmeren Ländern Raum für eine global verträgliche Entwicklung lässt, kann es nur geben, wenn internationale Einrichtungen und Regelwerke darauf ausgerichtet werden. Weltweit die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten und die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in die Bahnen der Regenerationsfähigkeit der Umwelt zu lenken - das ist ein riesiges **Institutionenprojekt!**

Deutschland hat mit seiner **sozialen Marktwirtschaft** ein **starkes Modell** anzubieten. Die Bundeskanzlerin hat es so formuliert: „Soziale Marktwirtschaft ist praktizierte Nachhaltigkeit, wenn wir sie nur richtig verstehen.“ Und ich füge noch hinzu: Wenn wir sie richtig ausrichten. Märkte sind blind für ökologische und soziale Folgen wirtschaftlichen Handelns – solange nicht Leitplanken gezogen werden, die unerwünschtes und schädliches Handeln verhindern, und zwar global. Politisches Handeln ist unersetzbar.

Und dennoch - und damit bin ich bei der zehnten und letzten Botschaft -:

Jede und jeder kann etwas tun!

Politischer Handlungswille und Handlungsdruck entstehen nicht aus dem Nichts. Sie werden gesellschaftlich getragen. Wir alle - Sie und ich - müssen auch in uns selbst den Willen finden, nach den Werten und Zielsetzungen zu leben, die wir verkünden: In unserem Privatleben, in unserem Alltag, in Beruf und Ehrenamt, in lokalen und nationalen Gemeinwesen, in Politik und (Zivil-)Gesellschaft – und in der Welt.

Denn oft sind die Bürgerinnen und Bürger weiter als ihre eigenen Regierungen – und treiben deren Handeln an. Und so können wir alle einen Beitrag dafür leisten, dass die verantwortlichen Politiker dann jeweils auch tun, was in ihrer Macht steht

Gerade in diesem Jahr wird das entscheidend sein: Deutschland übernimmt die Präsidentschaft der G7. Die Weltgemeinschaft verhandelt über die neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele – und ein neues Klimaabkommen.

Das Erreichen des 2-Prozent-Ziels ist in der Tat eine Überlebensfrage für uns alle. Vielleicht wird es auch dann noch Leben geben, wenn wir eine Erd-Erwärmung um 2 oder 4 Prozent haben. Ob der *Mensch* dann aber noch Platz hat und eine Lebensgrundlage findet, ist eine andere Frage... Wir müssen zu klaren, neuen und verbindlichen Festlegungen kommen. Deshalb hat der Klimaschutz auch in unserem BMZ-Haushalt einen hohen Stellenwert und bleibt Eckpfeiler unserer Entwicklungspolitik. Wir investieren 1,6 Milliarden Euro in Maßnahmen zum Ausbau des Klimaschutzes.

Wir haben ganz aktuell im vergangenen Jahr verschiedene Sonderinitiativen aufgelegt, um auf die drängendsten Probleme mit zusätzlichen Mitteln reagieren zu können:

- Die größte Ungerechtigkeit sind die absolute Armut und der Hunger. Um die **Ernährungssicherheit** weltweit zu verbessern, unterstützen wir nachhaltig produzierte Lebensmittel in Deutschland ebenso wie in unseren Partnerländern. Aber Bundesminister Dr. Müller hat auch eine **Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“** gegründet und wird die Mittel für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in den

nächsten zwei Jahren auf 1 Milliarde Euro jährlich erhöhen. Damit soll gezielt vor allem die ländliche Entwicklung vorangebracht werden. Unser Leitbild sind leistungsfähige bäuerliche Betriebe, die die lokale Ernährung sichern und die Wertschöpfung im Land belassen. Denn wir sind überzeugt davon: Afrika kann sich selbst ernähren.

- Die derzeit größte humanitäre Katastrophe stellt derzeit das Kriegs- und Flüchtlingselend dar, das sich vor allem in Syrien und im Irak abspielt. Die Flüchtlingsströme sind die größte Herausforderung von heute - und leider wohl auch noch in den nächsten Jahren. Deshalb gibt es eine weitere „**Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren**“, die mit 190 Mi. € ausgestattet wird.
- Aber wir blicken nicht nur dahin, wo derzeit die aktuellsten Zeitungs- und Fernsehbilder herkommen. Auch die Länder und Menschen, die derzeit nicht so sehr im Fokus der medialen Aufmerksamkeit stehen, dürfen nicht vergessen werden – z.B. der Südsudan, Mali oder die Zentralafrikanische Republik.
- **Bildung** ist für uns ein ganz wichtiger Schlüssel für eine bessere Zukunft und Grundlage für jede Veränderung. Deshalb setzen wir hier einen weiteren Schwerpunkt: Bei der Stärkung der Grundbildung, für den Aufbau beruflicher Ausbildungszentren und auch für die tertiäre Bildung. Diese Haushaltsmittel sollen auf mindestens 400 Mio. jährlich erhöht werden.
- Und in Zukunft - das wird Sie vielleicht besonders interessieren - wollen wir auch das Potential von **Kultur und Religion** für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Menschenrechte viel intensiver als bisher in alle entwicklungspolitischen Überlegungen Prozesse einbinden. Denn Religion ist in vielen unserer Partnerländer eine entscheidende Werte-Ressource. Religion beeinflusst die Weltsicht, den Lebensstil und das Engagement vieler Menschen und kann eine starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft darstellen.

Umso mehr beobachten wir mit Sorge, dass die **Einschränkungen und Verletzungen der Religionsfreiheit** derzeit weltweit zunehmen – oder Religion instrumentalisiert wird und dahinter ganz andere Interessen stecken.

Einerseits finden wir in vielen Ländern staatliche Restriktionen und Diskriminierung, die sich gegen bestimmte Religionen oder ihre Ausübung richten. Gesetzgebung und Verwaltungshandeln sind hier zu nennen, etwa die Bevorzugung von Angehörigen einer bestimmten Religion beim Zugang zu staatlichen Ämtern. Nicht nur rein faktisch, sondern häufig auch im Recht festgeschrieben, ist damit ein Ausschluss Angehöriger bestimmter religiöser Minderheiten.

Hinzu kommen Anfeindungen aus dem sozialen Umfeld: Gewaltsame Übergriffe von Nachbarn auf den Andachtsort einer religiösen Gemeinschaft, der aufgewiegelte Mob, aber auch faktische Benachteiligungen des täglichen Lebens - beim Einkauf, in der Schule, im Krankenhaus. Der dringend notwendige staatliche Schutz bleibt hier zu häufig aus.

Wer ist davon betroffen? Kurz gesagt: Angehörige aller Religionen. Zahlenmäßig am stärksten betroffen sind Christen, und als zweitgrößte Gruppe weltweit auch Muslime. Beide große Weltreligionen führen nicht zuletzt aufgrund ihrer Gesamtzahl - Christen stellen etwa 31,5% und Muslime 23,2%¹ der Weltbevölkerung - diese Statistik an.

In 61 Ländern ist Religionsfreiheit nur begrenzt oder gar nicht gesetzlich gewährleistet; in 147 Ländern wird das öffentliche Bekenntnis von Seiten des Staates eingeschränkt; vom Mob ausgehende Gewalt mit Bezug zu Religion gibt es in 49 Ländern und in 73 Ländern sind terroristische Gruppen mit religiösem Bezug aktiv.

Die Statistiken und die aktuellen Lageberichte (z.B. aus Nigeria, aus dem Irak) zeichnen ein ziemlich düsteres Bild. Die Herausforderung, Religionsfreiheit als Wert zu schützen und zu verwirklichen, ist offensichtlich groß. Und auch im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung verpflichtet, für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht einzutreten. Das heißt auch: Die **Förderung der Religionsfreiheit steht in untrennbarem Zusammenhang mit der Förderung anderer Menschenrechte**. Und unsere wertebasierte Entwicklungspolitik will über ihren Menschenrechtsansatz auch darauf hinwirken, jegliche Form von Diskriminierung abzubauen und von vornherein zu verhindern. Dabei geht es dann nicht mehr nur um religiöse oder ethnische Minderheiten – es geht auch um Menschen in Armut, Frauen, Angehörige indigener Völker, Menschen mit Behinderungen oder sexuelle Minderheiten.

Religion kann eine zentrale Rolle spielen für die Verständigung darüber, in was für einer Welt wir leben und an welchen Werten wir uns orientieren wollen. Umso mehr müssen wir das Verbindende zwischen den Religionen betonen und Vorurteile abbauen. Wir müssen Wege finden, moderate religiöse Kräfte stärker in unsere entwicklungspolitischen Strategien einzubeziehen und die Kraft der Religionen für ein friedliches Zusammenleben nutzen. Nur so können wir auch Extremisten langfristig den Nährboden entziehen.

Jetzt habe ich Ihnen noch längst nicht alles, aber schon eine Menge darüber erzählt, wie die Ziele und Strategien der *staatlichen* Entwicklungszusammenarbeit aussehen. Aber: Nicht nur

1

der Staat, eine Regierung oder ein Land allein und schon gar kein einzelnes Ministerium – auch kein „Zukunftsministerium“ wie das BMZ – kann die globalen Herausforderungen alleine bewältigen oder gar einen Epochenwandel herbeiführen. Langsam aber stetig ist die Erkenntnis gewachsen, dass sich Entwicklung nicht „von oben“ verordnen lässt. Staaten als hauptsächliche oder gar alleinige Akteure sind schlichtweg nicht in der Lage, die notwendigen Entwicklungsprozesse anzustoßen, um Hunger und Armut zu beseitigen und niemand von Entwicklung auszuschließen und zurückzulassen.

Wir brauchen genauso eine Wirtschaft, die zum Beispiel in ihren Zulieferketten auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards achtet. Und wir brauchen eine aktive und engagierte **Zivilgesellschaft**. Nach wie vor gilt – auch für die staatliche EZ – der ebenso schlichte wie zutreffende Satz: *„Mit der Zivilgesellschaft geht vieles – ohne sie fast nichts.“*

Für uns inzwischen selbstverständliche, ganz alltägliche Dinge funktionieren ohne weltweite Zusammenhänge nicht mehr: Rohstoffe für unsere Handys und Computer kommen aus dem Kongo, unsere Kleidung aus Bangladesch, die Sojabohnen für unser Viehfutter von Feldern, auf denen früher noch brasilianischer Regenwald stand. Das bedeutet aber auch, dass es uns immer mehr angeht – und angehen *muss* –, unter welchen Umständen unser Essen, unsere Kleidung und unser Handy weltweit produziert werden. Die Näherinnen in Bangladesch schufteten häufig für Hungerlöhne, die Rohstoffe für unsere Handys haben bereits Bürgerkriege finanziert, und ohne den brasilianischen Regenwald werden wir den Klimawandel nicht stoppen können.

Zivilgesellschaftliche Akteure - sind eine tragende Säule der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Ob bei der Formulierung der Zukunftscharta, dem Werben für das Textilbündnis oder der Gestaltung des neuen Schwerpunktthemas „Religion und Entwicklung“ – überall haben wir **„Rückenwind“ von den Kirchen** bekommen. Misereor hat als erstes Werk der katholischen Kirche seine aktive Unterstützung von Bundesminister Dr. Müllers Textilbündnis erklärt, ihm damit öffentlich „Rückenwind“ verschafft und mit dem eigenen Beitritt glaubwürdig untermauert.

Nicht nur dieses Beispiel zeigt: Zwischen Staat und Zivilgesellschaft besteht ein vertrauensvolles Verhältnis – das kann ich zumindest aus meiner bisherigen Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen Staat (BMZ) und Kirchen bestätigen. Und dieses Verhältnis Staat - Zivilgesellschaft ist insbesondere durch zwei eng verbundene Merkmale gekennzeichnet: Ein hohes Maß an Autonomie sowie das Subsidiaritätsprinzip, d.h. das Prinzip, zivilgesellschaftlichen Lösungen - wo immer dies möglich und sinnvoll ist - Vorrang vor der unmittelbarer Aufgabenübernahme durch den Staat zu geben.

Gleichwohl gilt: **Die Zivilgesellschaft kann staatliches Handeln ergänzen, den Staat aber nicht ersetzen.** Das soll sie auch gar nicht. Denn Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sowie die individuellen und kollektiven Freiheiten zu schaffen und einzuräumen, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure dann entwickeln und agieren können. Um diese Grundvoraussetzungen für die Einhaltung von Menschenrechten, für gute Regierungsführung und Freiräume für zivilgesellschaftliches Handeln zu schaffen unterstützen wir unsere Partnerländer dabei, funktionierende, transparente und inklusive Staatsinstitutionen zu stärken, Korruption zu bekämpfen und freie Medien zu fördern. Bei der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind übrigens die (6) politischen Stiftungen ganz wichtige Partner unserer deutschen Entwicklungspolitik.

Kurz gefasst: Sowohl der Aufbau staatlicher Strukturen als auch die Förderung von Zivilgesellschaft sind notwendig zur Schaffung stabiler Rahmenbedingungen – und die wiederum sind unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung in einem Land.

Staat und Zivilgesellschaft haben ihre jeweiligen Besonderheiten, sie sind aufeinander angewiesen - und im Idealfall ergänzen sie sich. Dabei übernimmt die Zivilgesellschaft vor allem zwei elementare Funktionen: Sie agiert als „Gegenmacht“, Mahnerin, Kritikerin und Impulsgeberin gegenüber den verfassten Institutionen von Regierung und Verwaltung. Und sie schafft eine Sphäre des (bürgerschaftlichen) Diskurses zur Beantwortung und Lösung von allgemeinen - und eben auch entwicklungspolitischen - Fragestellungen und Problemen.

Denn viele zivilgesellschaftliche Organisationen - insbes. auch kirchliche Hilfswerke - sind nicht mehr ausschließlich in der traditionellen Projekt- oder Programmarbeit tätig, sondern fokussieren sich auf Defizite staatlichen Handelns (das, was wir im EZ-Jargon etwas martialisch „watchdog“-Funktion nennen), sind also deutlich „politischer“ geworden. Sie sind kritisches Gegenüber unserer bilateralen Entwicklungspolitik, aber auch der multilateralen Organisationen und der EU. So beeinflussen sie, international vernetzt, politische Rahmenbedingungen - national und weltweit.

Damit werden **zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend wichtige Bündnispartner für unsere Strategien und die Erreichung unserer entwicklungspolitischen Ziele** – nicht immer bequeme und schon gar nicht unkritische Partner, aber weit überwiegend sehr konstruktive und damit ganz wichtige Impulsgeber!

Und die brauchen wir auch. Auch deshalb fördert das BMZ „traditionell“ zum einen die entwicklungspolitische Lobbyarbeit und geeignete Kampagnen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland (z.B. auch diese Tagung) und weltweit.

Zum anderen ziehen wir die Zivilgesellschaft bei wichtigen entwicklungspolitischen Entscheidungen regelmäßig zu Rate, z.B. durch Beteiligung in den Gremien der verschiedenen Förderprogramme, regelmäßige Strategiegespräche mit wichtigen Akteursgruppen und deren systematische Einbindung in Länder- und Sektorgespräche, auch im Vorfeld anstehender Regierungsverhandlungen.

Darüber hinaus setzt sich das BMZ für eine möglichst weitgehende und systematische zivilgesellschaftliche Beteiligung auch an internationalen Prozessen und Konferenzen ein. Deutsche zivilgesellschaftliche Akteure informieren wir daher regelmäßig vor wichtigen internationalen Veranstaltungen sowie in Folgeprozessen und tauschen Positionen aus. Wir unterstützen die Stärkung der Kapazitäten und Möglichkeiten der Zivilgesellschaft in unseren Kooperationsländern zur Teilhabe an internationalen Prozessen.

Und wer bisher nicht wusste, ob, wie und wo er sich selbst entwicklungspolitisch engagieren kann, dem haben wir mit der Einrichtung von „**Engagement Global**“ eine Servicestelle für bürgerschaftliches Engagement geschaffen, die individuell über Möglichkeiten des Engagements, potentielle Fördertöpfe und Vernetzungsmöglichkeiten berät und auch bei der konkreten Antragstellung hilft. Ich nehme an, dass viele von Ihnen schon lange entwicklungspolitisch interessiert oder entwicklungspolitisch tätig sind – wahrscheinlich sogar beides zusammen. Und ich möchte Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich dafür danken, dass Ihnen die Sorgen und Nöte unserer nur scheinbar "weit entfernten" Mitmenschen nicht egal sind, sondern Sie ein offenes Ohr und vielfach auch noch (vielleicht sogar ehrenamtliche) Hände haben, um tatkräftig mit anzupacken und den überfälligen Epochenwandel zu ermöglichen.

Oder - um mit Martin Luther King zu sprechen -: *„Der erste Schritt in dem weltweiten Kampf gegen die Armut ist leidenschaftliches Engagement.“*

Und falls Sie sich jetzt überlegen, selbst aktiv tätig zu werden, sich einer Initiative oder einem Verein anzuschließen, eigene Ideen haben und Partner suchen, eine Veranstaltung mit entwicklungspolitischen Inhalten auf die Beine stellen oder Transport- und Finanzierungsmöglichkeiten für medizinische Geräte für ein afrikanisches Krankenhaus suchen wollen, kann ich Ihnen nur raten, sich bei „Engagement Global“ praktischen Rat und Unterstützung zu holen. Auch die gut aufbereitete homepage gibt schon wertvolle Anregungen und Hinweise.

Denn mag es aktuell auch viele Krisen, Zerstörungen, Rückschläge oder Bedrohungsszenarien geben - wir sollten die Herausforderungen lieber tatkräftig anpacken und nach vorne schauen. Frei nach dem Motto (*Henry Ward Beecher, US-amerikan. Geistlicher, 19. Jhd.*):

„Jeder Tag hat zwei Griffe: Wir können ihn am Griff der Ängstlichkeit oder am Griff der Zuversicht halten.“

Und weil Zuversicht die Einsicht auf Aussicht ist (= *Zitat Ernst Ferstl, österr. Lehrer+Dichter*) – halten wir es doch lieber damit!